Die Kommission

JÖRG TAHLMANN

Von Thorn zu Delors

1984 war das letzte Amtsjahr der vom Luxemburger Gaston Thorn geleiteten Kommission und gleichzeitig das Jahr, in welchem eine grundlegende personelle Erneuerung dieser Institution vorbereitet wurde.

Schien in den Vorjahren die Schwäche der Kommission mit Verschiebungen im institutionellen Machtgefüge zusammenzuhängen, so heftete sich dieser Eindruck im Berichtsjahr immer mehr an Namen und Person Gaston Thorns, und er verstärkte sich noch im Kontrast zum resoluten Auftreten seines designierten Nachfolgers Jacques Delors im zweiten Halbjahr 1984. Seit Sicco Mansholt (1972) hatten die Regierungen nie mehr eine wirklich starke Persönlichkeit an der Spitze der Kommission geduldet[1]. Mit Delors schienen sie endlich wieder einmal einen Mann von vergleichbarem Format gewählt zu haben.

Die letzten Wochen herrschte Umzugs-, ja ‚Plünderungsstimmung' in der alten Kommission. Die französische Regierung bediente sich unter ihren Kommissaren, ohne das Ende ihrer Amtszeit abzuwarten: Ortoli ging am 26. Oktober als Generaldirektor zur staatlich-französischen Erdölgesellschaft Elf-Aquitaine, Pisani wurde am 3. Dezember als Hochkommissar ins aufständische Neukaledonien geschickt, ersetzt wurden die beiden nicht. Das Europäische Parlament verweigerte der Kommission die Entlastung für das Haushaltsjahr 1982 und lehnte das Budget für 1985 ab. Manche Kommissare, auch Thorn, gingen noch während der Amtszeit auf die Suche nach hochdotierten Arbeitsplätzen in der Privatwirtschaft, wenn möglich ohne auch nur einen Tag nach der Amtsabgabe zu verlieren[2]. Davignon wurde Verwaltungsrat bei der Societété Générale de Belgique, Tugendhat Direktor der Handelsgesellschaft British Oxygen. Haferkamp war zurückhaltender und nahm ein Ehrenamt im öffentlichen Dienst an, die Leitung eines neugeschaffenen Hamburger Büros in Brüssel, wobei der Hamburger Wirtschaftssenator Volker Lange die Aufgabe eines Lobbyisten mit seltener Offenheit formulierte: „Mobilisierung von EG-Mitteln sowohl für staatliche wie für private Wirtschaftsvorhaben, Einflußnahme auf Rechtsnormverfahren der EG mit Auswirkungen auf die hamburgische Wirtschaft, Acquisition von EG-Institutionen für Hamburg, Werbung für den Standort Hamburg."[3] Antonio Giolitti verzichtete ganz aufs sofortige Suchen neuer Posten, Dalsager kandidierte für ein Bürgermeisteramt in Dänemark. Thorn hatte es

auch hier am schwersten. Die Luxemburger Regierung, aus der seine liberale Partei bei den Wahlen im Sommer ausgeschieden war, verwehrte ihm sowohl den Einzug in die Luxemburger Stahlgesellschaft Arbed als auch die Präsidentschaft von „Télé Luxembourg", wo er von den Aktionären zum Verwaltungsrat gewählt worden war. Daneben wurde Thorn zum Berater in der Kanzlei Arthur Anderson und Co. und trat in den Aufsichtsrat der Banque International du Luxembourg ein. Die Luxemburger Regierung gab ein Abschiedsessen für Davignon, zu dem Thorn nicht eingeladen wurde, und erst nach einer Pressekampagne wurde auch Thorn von Regierung und Großherzog geehrt[4]. Den Medien war schon längst vor seiner Verabschiedung klar, daß Thorn ein schwacher und enttäuschender Präsident gewesen sei.

Ein schwer verständlicher Niedergang

Thorns Niedergang ist kaum verständlich angesichts der Karriere dieses Mannes, der vorher ein brillanter EG-Parlamentarier, Außenminister, Premierminister, EG-Minister und Regierungschef, Präsident der liberalen Weltunion und der UNO-Generalversammlung gewesen war. In seinen vier Amtsjahren als Kommissionspräsident kumulierten sich außergewöhnlich widrige politische Umstände mit seinen persönlichen Schwächen zu diesem –trotz allem– ungerechten Bild eines europapolitischen Versagers. Thorns erste Schwäche war ein unstillbarer Durst nach internationaler Geltung und Omnipräsenz. Keinen Tag konnte er stillesitzen. Im Sommer 1980 zum Kommissionspräsidenten designiert, glaubte er dann doch noch bis gegen Ende November Außenminister und EG-Ratspräsident bleiben zu müssen, widmete sich aber nachher nicht etwa der Vorbereitung seines Brüsseler Amtes, sondern kehrte noch bis Weihnachten in die luxemburgische Abgeordnetenkammer zurück, um seinen Landsleuten seine Anhänglichkeit zu zeigen[5]. Praktisch ohne Vorbereitung traf er in seiner Kommission bei der Amtsübernahme am 6. Januar 1981 auf acht alteingesessene Kommissare und bei der Ämterverteilung, der berüchtigten „Nacht der langen Messer", gestand er Davignon ein Super-Ministerium zu, welches den Belgier vier Jahre lang zum ungekrönten König der Kommission machte, und ließ sich am Telephon von M. Thatcher sagen, daß er dem britischen Kommissar Tugendhat die totale Kontrolle über das Budget-Ressort zu belassen habe. In den vier folgenden Jahren war Thorn ein viel zu gutmütiger Regent in einem Kollegium, das straffe Führung gebraucht hätte.

Bemüht man sich um Objektivität, so war die Arbeit von Thorns Kommission keineswegs so schlecht. Die vier Jahre seiner Amtszeit deckten sich mit der schwierigsten Krise, welche die EG je erlebt hat. Selbst die besten Kommissionsvorschläge setzten in allen Mitgliedstaaten ein Maß an Umdenken voraus, welches nur von nationalen Führungspersönlichkeiten durchgesetzt werden konnte, und auch von ihnen nur langsam. Frankreich mußte sich zur Beschneidung der Agrarausgaben durchringen; die Bundesrepublik zur Erhöhung der Eigeneinnahmen der Gemeinschaft; alle Netto-Empfänger zur Einführung ei-

ner strengen Haushaltsdisziplin; Großbritannien zum Verzicht auf den „Juste Retour"[6]; alle seine Partner zur Idee, daß Großbritannien einen Finanzausgleich verdiene, solange seine krasse Benachteiligung durch das EG-Budget anhalte; für Irland und Dänemark stand mit der Agrarreform nichts weniger als die Geschäftsgrundlage auf dem Spiel, die sie 1973 zum EG-Beitritt bewogen hatte[7]. Von Brüssel aus konnten diese einschneidenden Umstellungen nationaler Denkgewohnheiten unmöglich erzwungen werden, so daß das Amt des Verhandlungsführers immer mehr an die gerade amtierende Präsidentschaft des Ministerrates überging. Dieser Rollentausch kulminierte im ersten Halbjahr 1984, als der Ratsvorsitzende Präsident Mitterrand persönlich zwei- bis dreimal in die nationalen Hauptstädte reiste, worauf es beim Europäischen Rat von Fontainebleau tatsächlich zum Einstieg in eine Globallösung für die Krise kam. Am Krisenmanagement auf höchster Ebene war so die Kommission nicht mehr zentral beteiligt.

Beachtliche Leistungen

Kamen dann die oben ausgehandelten politischen Kompromisse ins Räderwerk des Ministerrats herunter, so half die Kommission wieder in ihrer traditionellen Vorschlagsrolle wirksam mit, sie in präzise EG-Beschlüsse umzusetzen. Und dabei zeigte sich, daß ihre Grundvorstellungen fast überall das Richtige, wenn auch nicht immer das Durchsetzbare getroffen hatten. Das „ESPRIT"-Programm[8] wurde vom Ministerrat weitgehend unverändert übernommen und schlug, als es am 28. Februar 1984 verabschiedet wurde, die erste Bresche in das von Bonn und London hochgehaltene Axiom, die Teile des „Stuttgarter Gesamtpakets" vom Juni 1983 dürften nur zusammen oder gar nicht beschlossen werden[9]. Am 30./31. März wurden dann auch sämtliche Agrarvorschläge der Kommission – Agrarpreise 1984/85, Milchquoten, Leitlinien für die übrige Agrarreform und Abbau des Währungsgrenzausgleichs – weitgehend ihren Vorstellungen entsprechend vom Rat angenommen[10], ebenfalls getrennt vom ‚Stuttgarter Paket'. Bei den Budget- und Finanzfragen, die teils am Gipfel von Fontainebleau, teils erst im Herbst und Winter vom Ministerrat bereinigt wurden, hingen die Regierungen stärker hinter den zukunftsgerichteten Kommissionsvorstellungen zurück[11]. Die Erhöhung des Mehrwertsteueranteils wurde nur bis auf 1,4 % bewilligt, und der Vorschlag, künftig notwendige Einnahmeerhöhungen aus dem Ratifikationszwang herauszulösen und den EG-Institutionen zu übertragen, wurde gänzlich verworfen. Die zwischen Stuttgart und Fontainebleau entworfenen flexiblen Modelle eines Finanzausgleichssystems zugunsten benachteiligter EG-Mitglieder, darunter ein Kommissionskonzept[12], wurden in Fontainebleau von Kohls simpler Idee weggefegt, den Briten auf fünf Jahre hinaus pauschal 66 % ihres Nettodefizits gegenüber der EG zurückzuerstatten[13]. Das war, zweifellos zum Schaden der EG, das Ende ihrer ersten Chance, zum ausbaufähigen Kern eines föderalistischen Finanzausgleichs zu kommen. Nach diplomatischer Quelle soll diese langfristige Weichenstellung in

einer Kurzschlußhandlung unter Ausschluß der Kommission zustandegekommen sein: Als sich Mitterrand und M. Thatcher am Ende des Fontainebleau-Gipfels nach halbstündigem Tête-à-tête völlig blockiert gegenüberstanden, soll Europaminister Dumas auf die Terrasse gestürzt sein, um Kohl zu Hilfe zu rufen, der dann mit dem 66 %-Vorschlag die Einigung herbeigeführt habe. Ohne Erfolg wehrte sich die Kommission gegen den Entscheid der Regierungen, das Haushaltsdefizit 1984 auf außervertraglichem Weg zu stopfen. Atypisch war das Schicksal der Haushaltsdisziplin: Lange Zeit schwieg die Kommission zu diesem von Bonn und London geforderten Spar-Rahmen, offenbar aus Solidarität mit dem Europäischen Parlament, dessen Befugnisse dadurch ausgehöhlt zu werden drohten; erst im März 1984 lieferte sie dem Rat Formulierungsvorschläge, die er im Dezember weitgehend übernahm[14].

Auch im weiteren Bereich der „neuen Politiken"[15] setzten sich die Leitvorstellungen der Kommission langsam und mit den üblichen Abstrichen im Ministerrat durch, so die Reform des Sozialfonds Ende Oktober 1983 und des Regionalfonds im Juni 1984. Daß die Vervollkommnung des Binnenmarktes 1984 für alle Mitgliedstaaten zu einer Priorität höchsten Ranges wurde, ist der vierjährigen harten Werbearbeit von Kommissar Narjes zu verdanken. Die Umstrukturierung der Stahlindustrie ohne Bruch der EG-Solidarität oder ruinösen Wettbewerb fällt ebenfalls zu einem großen Teil in die Amtsperiode der Thorn-Kommission. Festes Auftreten bewies diese 1984 sowohl gegenüber IBM wie gegenüber den Milchbauern und Agrarstaaten, welche sich um die Einhaltung der Milchquotendisziplin drücken wollten. Dem dritten Lomé-Abkommen drückte Kommissar Pisani seinen Stempel auf[16]. Ausgesprochen schwach wirkte im Jahrgang 1984 nur der langsame Kommissionsfahrplan für die Reduktion der Autoabgase. Erwähnenswert sind schließlich noch der vorausschauende Vorschlag über die künftige Mittelmeerpolitik der erweiterten Gemeinschaft[17], das Grünbuch über die Errichtung eines gemeinsamen Marktes für Rundfunk und Fernsehen[18], die Lancierung eines Sofortprogramms für die afrikanischen Hungergebiete[19], und die Eröffnung des Europäischen Jahrs der Musik unter dem Patronat der Kommission und des Europarates[20], die erste gemeinsame Aktion von EG und Europarat überhaupt.

Überblickt man diese Kommissionstätigkeit, so war 1984 weniger ein Jahr der Aussaat als der Ernte. Dabei erfaßte die auf die spektakulären Minister- und Europäischen Räte starrende Öffentlichkeit nur noch in den seltensten Fällen, daß in den früheren Jahren fast immer die Kommission die Grundideen zur Lösung der Krisen geliefert hatte.

Thorns größte Leistung

Dabei ist ihre größte Leistung noch gar nicht erwähnt worden. Was in Fontainebleau geerntet wurde, war im „Mandatsbericht" der Thorn-Kommission vom 24. Juni 1981[21] mit einer einzigen Ausnahme, der Haushaltsdisziplin, alles schon angelegt: die Agrarreform, die Finanzreform, die „neuen Politiken" und

vor allem die Grundüberzeugung, daß der ganze Budgetstreit mit Großbritannien nur im größeren Rahmen einer zukunftsgerichteten Gesamtreform zu lösen sei. Man muß sich an die abweisende Kälte erinnern, mit der die Regierungschefs diesen Bericht aufnahmen, und an die fatalistische Skepsis in der Öffentlichkeit, um das Verdienst dieser mutigen Vision in seinem ganzen Ausmaß einzuschätzen. Vergegenwärtigt man sich, wie die Mitgliedsländer sich 1980 gerade noch auf ein extrem begrenztes Mandat hatten einigen können[22], wie dieses Mandat von der Thorn-Kommission zum Vorschlag einer Globalreform ausgeweitet wurde und wie sich diese Konzeption bis Fontainebleau in allen ihren Grundzügen durchsetzte, so wird man den ‚Mandatsbericht', an dessen Gestaltung Thorn persönlich den Hauptanteil hatte, als eine für die Zukunft der EG kapitale Wende ansehen, auch wenn die Formulierungen zaghaft und der politische Nachdruck von 1981–84 unstet waren. Das Verdienst, der EG in einer ihrer schwierigsten Existenzkrisen die richtige Vision gegeben zu haben, kann Thorn und seiner Mannschaft nicht bestritten werden.

Auf der Suche nach einem neuen Präsidenten

Nach den EG-Verträgen war die Wahl einer neuen Kommission für eine neue Amtsperiode ab 6. Januar 1985 fällig[23], und ihren Präsidenten hatten die Regierungen nach einer 1976 vereinbarten Absprache schon im Sommer zu wählen, damit er im zweiten Halbjahr sein Wort bei der Zusammenstellung seiner Kommission mitreden konnte[24]. Die ersten Spekulationen regten sich im Dezember 1983 im Brüsseler Milieu[25]. Diplomaten der EG-Länder und EG-Funktionäre sollen damals zwei Namen genannt haben: Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt und Ex-Außenminister Emilio Colombo. Beide wehrten ab, Schmidt aus Abneigung und Colombo, weil er hoffte, Präsident Italiens zu werden. Die Nennung Schmidts deutete schon ganz am Anfang die Sehnsucht nach einem ‚starken Mann für Europa' an, die sich stetig verstärkte und am Schluß tatsächlich durchsetzte. Im Februar 1984 meldeten sich dann die Kandidaten selber: zwei Kommissare, der Niederländer Andriessen und der Belgier Davignon, sowie der dänische Finanzminister Christophersen, der schon im März von seiner Regierung offiziell portiert wurde. Davignons Ruf als ‚starker Mann' wirkte von selber, so daß er persönlich keinen Finger rühren mußte.

Vom Augenblick an, als Davignons magische Anziehungskraft zu spielen begann, wurden die Deutschen aktiv. Dem Mann, dessen Umgang mit liberalen Ordnungsprinzipien ein sehr lockerer war, wollten sie den Weg ins Brüsseler Spitzenamt um jeden Preis verbauen. Zu diesem Zweck meldete Bonn zunächst seinen grundsätzlichen Anspruch an, ohne Namen zu nennen. Im März sagte Außenminister Genscher: „Zwischen Gaston Thorn und uns wird es keinen anderen Präsidenten geben."

Bonn ging zunächst daran, seinen grundsätzlichen Anspruch zu untermauern. Bundeskanzler Kohl soll schon sehr früh Mitterrand und M. Thatcher informiert haben, Bonn beanspruche die Kommissionspräsidentschaft als größter

Nettozahler in der EG. Öffentlich wurde eine andere Begründung gegeben – simpel aber wirkungsvoll: Seit Hallsteins Rücktritt 1967 habe fast jedes andere Land einen Präsidenten stellen können, nur die Bundesrepublik nicht[26]. Und wirklich setzte sich bald darauf ein weitgehender Konsens durch, daß auf den Präsidenten eines kleinen EG-Landes wieder einer aus einem großen folgen solle – so war es mit einer Ausnahme immer gewesen – und daß es ein deutscher sein solle. In diesen Konsens übernommen wurde allerdings auch die niederländische Bedingung, daß es ein überzeugender Kandidat sein müsse.

Damit begann in Deutschland ein wochenlanges vergebliches Suchen, welches in der deutschen Presse als ein beschämendes Trauerspiel charakterisiert wurde[27]. Die CDU suchte und fand Namen wie Albrecht (niedersächsischer Ministerpräsident), Klepsch (EG-Parlamentarier), Biedenkopf (nordrhein-westfälischer CDU-Politiker). Die beiden ersten hatten keine Lust, und auch Biedenkopf wollte zuerst von Kohl seine Chancen testen lassen, bevor er sich offen bewarb. Plötzlich war auch der in parteiinternen Sturm geratene Außenminister Genscher mit im Spiel. Nach einer kurzen Anstandsfrist winkte Genscher ab und sagte, er werde zwar als FDP-Vorsitzender zurücktreten, wolle aber noch bis mindestens 1987 Außenminister bleiben.

Als dann Kohl im Mai mit sichtbarem Mangel an Begeisterung bei den EG-Partnern die Reaktion auf Kurt Biedenkopf testete, war die Ablehnung dieses im Ausland praktisch unbekannten, weder in nationalen Regierungsämtern noch in internationaler Politik erfahrenen Mannes allgemein. Beim Europäischen Rat von Fontainebleau Ende Juni stellte dann der Bundeskanzler Biedenkopf auf eine Weise vor, daß den Teilnehmern klar geworden sein soll, er sei nicht mehr im Rennen, und da er auch keinen anderen Namen nannte, muß das von den Partnern als Defacto-Verzicht auf den deutschen Anspruch aufgefaßt worden sein. Unbeweisbar ist die verbreitete, von Bonn dementierte Spekulation, Kohl habe den deutschen Präsidentschaftsanspruch als Gegenleistung für Mitterrands Zustimmung zu den Sondersubventionen an die deutschen Landwirte an Frankreich abgetreten[28]. Plausibler scheint angesichts der folgenden Entwicklungen, Kohl habe beim gähnenden Mangel an Kandidaten gerne verzichtet, als ihm klar wurde, daß man Davignon auch mit einem französischen Kandidaten ausschalten könnte. Mitterrand muß seinen Kollegen in Fontainebleau angedeutet haben, Cheysson oder Delors könnten bei einer bevorstehenden Regierungsumbildung freiwerden. M. Thatcher soll jedoch Cheysson wegen öffentlicher Angriffe gegen die britischen Budget-Forderungen rundweg abgelehnt haben, und auch andere Partner fanden ihn zu sprunghaft.

Delors jedoch wurde verfügbar, als er Mitte Juli aus der französischen Regierung ausschied, weil er sich persönlich nicht gut mit dem neuen Premierminister Laurent Fabius verstand. Sofort sandte Mitterand Europaminister Dumas mit dieser Meldung nach London und Bonn. In beiden Hauptstädten war man begeistert, auch die kleinen Länder stimmten zu, Belgien verwand die Nichtwahl Davignons ohne Schmerzen, und am 19. Juli gab der Ratspräsident, der

irische Premier FitzGerald, die Einigung aller zehn EG-Regierungen auf die Designation von Delors bekannt.

Damit wurde der Mann, der Frankreich im Frühjahr 1983 von linkssozialistischen Alleingangsträumen und Inflationsstrategien auf einen europäischen Austeritykurs zurückgeholt hatte, zum Präsidenten der EG-Kommission ab 1985. Die Zustimmung der Medien in ganz Europa war nahezu einstimmig. In Frankreich gab es die unüberprüfbare, aber plausible Spekulation, bei Delors Entfernung nach Brüssel habe der sozialistische Wunsch mitgespielt, sich einen Premier- oder gar Präsidentschaftskandidaten fern vom Pariser Verschleißprozeß warmzuhalten. Am 4. Dezember ernannten die Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten Delors mit 13 Kollegen offiziell zum Kommissionsmitglied für 1985–89 und zum Präsidenten für 1985–87. Am 29. Januar 1985 folgte die Ernennung der fünf Vizepräsidenten. Delors hatte dabei – wie selten ein Präsident zuvor – bei der Auswahl der Kommissare ein gewichtiges Wort mitgesprochen.

Die neue Kommission

Die Kommissare Natali, Narjes und Andriessen übernahm Delors aus der Thorn-Kommission. Die elf anderen gingen zum Teil auf eigenen Wunsch (Haferkamp, Giolitti, Tugendhat), zum Teil umständehalber (Thorn, Davignon, Ortoli, Pisani) oder saßen wegen Regierungswechseln jetzt in der falschen Partei (Burke, Dalsager, Contogeorgis). Ivor Richard wollte bleiben, doch wollte diesen profillosen Mann eigentlich niemand mehr, weder in Brüssel noch in London. Zu den drei Bisherigen stieß Ende des Jahres mit dem eben entlassenen französischen Außenminister Cheysson noch ein Ehemaliger (1973–81 Kommissar und Architekt des Lomé-Abkommens). Delors mitgerechnet, kamen nicht weniger als zehn Mitglieder ganz neu in die Kommission. Die Bonner Regierung ernannte zum Nachfolger Haferkamps wieder einen Gewerkschafter, Alois Pfeiffer. Margaret Thatcher wählte Lord Cockfield, einen Experten in nationaler Buchhaltung und Statistik, und den Konsumentenpolitiker Stanley Clinton Davis, der sich vom EG-Gegner zum pragmatischen Befürworter gemausert hatte. In Italien beanspruchten die Kommunisten traditionsgemäß den zweiten Sitz, diesmal mit dem Argument, sie seien in den EG-Wahlen die stärkste Partei geworden, doch legten die Christdemokraten ihr Veto ein, weil die gegenwärtige Politik der KPI nicht europäisch genug sei. Zwischen den zwei Linkssozialisten Didó und Ripa di Meana fiel die Wahl schließlich auf den letzteren, einen Spinelli-Sekundanten aus dem Europäischen Parlament. Ohne Schwierigkeiten verliefen die Selektionen des in Brüssel geschätzten griechischen Europa-Staatssekretärs Varfis, des belgischen Finanzministers de Clercq, des dänischen Finanzministers Christophersen und des irischen Generalstaatsanwalts Sutherland, eines Vertrauten von Premier FitzGerald. Am 29. Januar 1985 ernannten die Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten Andriessen, Christophersen, Cockfield, Narjes und Natali zu Vizepräsidenten.

Die Spekulationen, welche die europäische Presse im November–Dezember über die künftige Ressortverteilung anstellte, bewegten sich noch ganz in der traditionellen Erwartung, jedes Mitgliedsland reiße sich um die einflußreichsten Domänen, und Anfang Januar werde es eine neue ‚Nacht der langen Messer' geben. Delors' Ankündigung, er werde weder die nationalen ‚Erbhöfe' noch ‚Superministerien' nach Davignons Muster dulden, nahm niemand recht ernst. Umso größer war die Überraschung und Bewunderung, als bekannt wurde, Delors habe auf einer informellen Zusammenkunft der künftigen Kommissare am 8./9. Dezember in Royaumont bei Paris schon die ganze Ressortverteilung vollzogen, ohne daß sichtbare Ungleichgewichte oder Ressentiments zurückblieben, und dabei seine zwei Prinzipien insbesondere gegen die großen EG-Länder durchgesetzt. So mußte Großbritannien das Budget-Ressort abtreten, die Bundesrepublik Binnenmarkt, Umweltschutz und Außenhandel, Frankreich verlor sogar die seit 1958 ausgeübte Zuständigkeit für Entwicklungshilfe und die Beziehungen zu den AKP-Ländern, obwohl Cheysson für diesen Posten prädestiniert gewesen wäre. Den kleinen Ländern und ihren Vertretern erfüllte Delors hingegen fast alle ihre Lieblingswünsche: Sutherland erhielt die Wettbewerbspolitik, Andriessen die Agrarpolitik, Varfis die Regionalpolitik. Delors selber behielt die Zuständigkeit für Währungspolitik – ein bißchen im Gegensatz zu seinen Prinzipien, aber ohne auf Widerspruch zu stoßen, so groß war seine Autorität schon geworden. Vielleicht mit Ausnahme von Cheysson gab es trotzdem für alle Kommissare und Länder befriedigende Kompetenzzuweisungen. So erbte Narjes die Industrie- und die Forschungspolitik von Davignon, Pfeiffer die Wirtschaftspolitik abzüglich Währungsfragen von Ortoli. Sogar an die nächsten Neuzuzügler dachte Delors schon ein Jahr im voraus: Den zwei spanischen und dem portugiesischen Kommissar wurden für die Zeit nach dem Beitritt schon interessante Verantwortlichkeiten reserviert, die bis dahin von anderen Kommissionsmitgliedern treuhänderisch geführt werden sollten.

Parallel dazu bereitete Delors eine konsistente Politik in den Sachfragen vor. Auf seiner Rundreise in die Hauptstädte hatte Delors die aktuellen EG-Probleme mit den Regierungen, dem EG-Parlament und mit den Sozialpartnern so eingehend besprochen, daß er seine Pläne für 1985 in vollster Kenntnis aller politischen Strömungen, Hindernisse und Kompromiß-Chancen entwerfen konnte. Noch nie hat eine EG-Kommission ihr Amt so wohlvorbereitet angetreten.

Anmerkungen

1 Sicco Mansholt, Agrar-Kommissar 1958–72 und „Vater der gemeinsamen Agrarpolitik", nach dem Rücktritt Malfattis für den Rest von dessen Amtszeit (21. März 1972 bis 5. Januar 1973) zum Kommissionspräsidenten ernannt, aber von den Regierungen als Präsident für die Amtsperiode 1973–76 abgelehnt.

2 Nach dem Vertrag zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Fusionsvertrag) von 1967, Art. 10, übernehmen die Kommissare „die feierliche Verpflichtung, während der Ausübung und nach Ablauf ihrer Amtstätigkeit die sich aus ihrem Amt ergebenden Pflichten zu erfüllen, insbesondere die Pflicht, bei der Annahme gewisser Tätigkeiten oder Vorteile nach Ablauf dieser Tätigkeit ehrenhaft und zurückhaltend zu sein."

3 Handelsblatt, 28. November 1984.

4 Vgl. The Guardian, 8.1.1985; Zeitung vum Lëtzeburger Vollek, 24. Januar und 31. Januar 1985.

5 Vgl. Letzeburger Journal, 21. November 1980.

6 Mit „Juste Retour", wörtlich „gerechter Rückfluß", wird in der EG-Tradition die verpönte Idee bezeichnet, jedes Mitgliedsland müsse finanziell aus der EG genau so viel zurückbekommen, wie es in sie hineinstecke.

7 Zu den Einzelheiten siehe insbesondere die Beiträge ‚Haushaltspolitik' und ‚Agrar- und Fischereipolitik' sowie die Kapitel „Die Europapolitik in den Mitgliedstaaten der EG sowie in Spanien und Portugal" in den Jahrbüchern der Europäischen Integration 1980–1983 und in diesem Band.

8 Siehe ergänzend dazu die Beiträge von Hans-Armin Geister zur ‚Wettbewerbs- und Industriepolitik' im Jahrbuch der Europäischen Integration 1983, S. 154–161 und in diesem Band, sowie Klaus W. Grewlich, Forschungs- und Technologiepolitik, in diesem Band.

9 Siehe ergänzend dazu Werner Weidenfeld, Die Bilanz der Europäischen Integration 1983, in: Jahrbuch der Europäischen Integration 1983, S. 13–34.

10 Siehe ergänzend dazu die Beiträge Werner Weidenfeld, Die Bilanz der Europäischen Integration 1984, und Winfried von Urff, Agrar- und Fischereipolitik, in diesem Band.

11 Siehe ergänzend dazu Werner Weidenfeld, Die Bilanz der Europäischen Integration 1984, und Thomas Läufer, Haushaltspolitik, in diesem Band.

12 Vgl. ABl. der EG, C 145 v. 3. Juni 1983, S. 5ff.; siehe auch Thomas Läufer, Haushaltspolitik, in: Jahrbuch der Europäischen Integration 1983, S. 128–140, hier insbesondere S. 129.

13 Siehe ergänzend dazu Heinz Stadlmann, Der Europäische Rat, in diesem Band.

14 Vgl. Bulletin der EG, 2/1984, Ziff. 1.2.1 bis 1.2.3 und Bulletin der EG, 12/1984 Ziff.

15 Unter „neuen Politiken" versteht die EG seit dem Londoner Europäischen Rat vom November 1981 zukunftsweisende EG-Politiken außerhalb der Agrarpolitik, die auf oder ausgebaut werden und helfen sollen, die Agrarlastigkeit des EG-Haushalts abzubauen.

16 Vgl. Dokument Nr. 6 in diesem Band.

17 Vgl. Bulletin der EG, 3/1984, Ziff. 2.2.42.

18 „Fernsehen ohne Grenzen", Mitteilung der Kommission an den Rat, Dok. KOM (84) 300 endg.

19 Vgl. Bulletin der EG, 3/1983, S. 14–17.

20 Vgl. Forum Europarat, Straßburg 1984, Nr. 4/4, S. I–XXVIII.

21 Abgedruckt als Dokument Nr. 2 in: Jahrbuch der Europäischen Integration 1981, S. 484–495.

22 Mandatstext abgedruckt als Dokument Nr. 13 in: Jahrbuch der Europäischen Integration 1980, S. 393–394.

23 Nach dem Fusionsvertrag von 1967 werden die Mitglieder der Kommission von den Regierungen der Mitgliedstaaten in gegenseitigem Einvernehmen ernannt. Ihre Amtszeit beträgt vier Jahre und beginnt jeweils am 6. Januar. Der Präsident und die fünf Vizepräsidenten werden aus den Mitgliedern der Kommission für eine Amtszeit von zwei Jahren ernannt. In der Praxis werden sie fast immer reibungslos für zwei weitere Jahre in dieser Funktion bestätigt.

24 Dieser frühe Nominierungstermin, dem erst Ende des Jahres die formelle Wahl folgt, ist eine seit 1976 eingehaltene freiwillige Selbstverpflichtung des Europäischen Rates, die

auf eine Idee aus dem Tindemans-Bericht zur Europäischen Union zurückgeht.

25 Die meisten Wendungen im Selektionsprozeß spielten sich in vertraulichen Gesprächen ab. Die hier geschilderte Rekonstruktion stützt sich auf private Informationen und auf rund fünfzig Zeitungsberichte aus der umfassenden Sammlung der Kommission der EG, Dienststelle Sprechergruppe, Brüssel.

26 Kommissionspräsidenten (ohne Berücksichtigung der EAG und der EGKS) seit Gründung der EWG: Walter Hallstein (BRD) 1958–67, Jean Rey (Belgien) 1967–70, Franco Maria Malfatti (Italien) 1970–72, Sicco Mansholt (Niederlande) März bis Dezember 1972, François-Xavier Ortoli (Frankreich) 1973–76, Roy Jenkins (Großbritannien) 1977–80, Gaston Thorn (Luxemburg) 1981–84, Jacques Delors (Frankreich) 1985–.

27 Eine sehr ausführliche grundsätzliche Analyse deutscher Lauheit gegenüber der Besetzung der Brüsseler Posten gibt Kurt Becker in: Die Zeit v. 20. Juli 1984.

28 Vgl. dazu Heinz Stadlmann, Der Europäische Rat, in diesem Band.

Weiterführende Literatur

Dondelinger, Jean, Un bilan des vingt dernières années. Abschiedsrede im Ausschuß der Ständigen Vertreter, in: Agence Europe-Documents v. 22. Mai 1984.

Gazzo, Emanuele, Leitartikel in Agence Europe, Brüssel, Jg. 1984: D'une Commission à l'autre (Nr. 3773, 3774, 3775); Combien de Commissaires pour une Commission de Douze? (Nr. 3799); Le Programme ESPRIT et le rôle irremplacable de la Commission (Nr. 3800); La Commission d'une Communauté à Douze: Trancher selon le bon sens (Nr. 3826); L'Ambassadeur Dondelinger et l'avenir de la Commission (Nr. 3828); Quel profil pour le président d'une Commission de 10 membres? (Nr. 3852).

Kommission der EG (Hrsg.), Achtzehnter Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Gemeinschaften 1984, Brüssel/Luxemburg 1985, 420 S.

Kommission der EG (Hrsg.), Aktiv für Europa. Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Januar 1981–Januar 1985, Illustrierte Broschüre und Chronologie, Brüssel 1984, 80 S.

Poorterman, Jean, Jean Rey nous parle. Reden und Schriften des Kommissionspräsidenten Jean Rey 1936–1982, Brüssel: Bureau d'information des Communautés Européennes 1984, 468 S.

Schmitt von Sydow, Helmut, Organe der erweiterten Europäischen Gemeinschaften – Die Kommission, Baden-Baden: Nomos 1980.